

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.

Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom

Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:

Für die dreigespaltene Beitzelle oder deren Raum 30 M.  
für Versammlungsanzeigen 10 M. pro Zeile.

## Resultat der Feststellungen des Mitgliederbestandes in den Zahlstellen vom 15. Juli 1916.

711 Zahlstellen haben die Karte Nr. 13 für den 15. Juli eingekandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 57 179. Hiervon sind seit Ausbruch des Krieges bis zum 15. Juli 38 189 oder 66,79 pZt. zum Militär eingezogen. Als gefallen gemeldet waren bis zum 24. Juli 2278 Mitglieder. Arbeitslos waren am 15. Juli 129 Mitglieder, dagegen standen 18 519 Mitglieder in Arbeit und 342 Mitglieder waren krank.

Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen von der Gesamtzahl der nachgewiesenen Mitglieder verbleibt ein Bestand von 18 990 Mitgliedern. Hiervon waren arbeitslos 0,68 pZt., krank 1,80 pZt., und in Arbeit standen 97,52 pZt. 42 oder 33,56 pZt. der Arbeitslosen waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit.

Den Stand in den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten veranschaulicht die Tabelle:

Provinzen oder Bundesstaaten	Anzahl der an den Feststellungen Beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind					Von den Arbeitslosen (Spalte 5) sind zur Arbeit nach auswärts bereit
	Zahlstellen	Mitglieder	zum Militär eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank		
1	2	3	4	5	6	7	8	
Ostpreußen	15	1494	743	1	745	5	—	
Westpreußen	13	1410	924	3	474	9	—	
Brandenburg	68	5297	3309	9	1937	42	—	
Pommern	43	1808	1047	13	542	6	—	
Posen	16	443	339	1	102	1	—	
Schlesien	49	3592	2620	3	963	6	25	
Sachsen	63	3979	2542	1	1421	15	—	
Schleswig-Holstein	48	2325	1648	13	659	5	—	
Hannover	50	2694	1962	6	712	14	—	
Westfalen	22	1147	842	—	301	4	—	
Hessen-Nassau	17	2225	1608	1	606	10	—	
Rheinland	18	2532	1668	7	842	15	—	

Preußen	422	28746	19252	58	9304	132	25
Bayern	51	3621	2416	9	1175	21	1
(Rheinpfalz)	4	305	196	—	105	4	—
Sachsen	58	11244	7305	22	3833	84	1
Württemberg	10	1176	799	—	372	5	—
Baden	6	953	706	1	245	1	—
Hessen	7	615	419	2	192	2	—
Mecklenburg-Schwerin	48	1453	848	1	584	20	—
Sachsen-Weimar	11	692	507	—	178	7	—
Mecklenburg-Strelitz	9	259	148	—	110	1	—
Oldenburg	10	682	515	—	162	5	—
Braunschweig	13	609	362	1	245	1	—
Sachsen-Meiningen	8	347	264	—	83	—	—
" Altenburg	8	452	335	—	112	5	—
" Coburg-Gotha	7	584	372	1	205	6	—
Anhalt	10	447	295	1	148	3	—
Schwarzburg-Sondersh.	2	85	68	—	17	—	—
" Rudolstadt	6	193	151	—	42	—	—
Waldeck	2	25	24	—	1	—	—
Neuß ä. L. (Greiz)	2	109	93	—	11	—	—
" j. L. (Gera)	3	232	150	—	82	—	—
Schaumburg-Lippe	3	77	55	—	22	—	—
Lippe-Detmold	3	51	42	1	8	—	—
Lübeck	2	316	191	—	121	4	—
Bremen	1	1149	823	—	320	6	—
Hamburg	3	2483	1639	26	787	31	15
Elfaß-Lothringen	2	274	209	6	55	4	—
Deutsches Reich	711	57179	38189	129	18519	342	42

Das vorliegende Ergebnis umfaßt neun Zahlstellen und 2288 Mitglieder mehr als das vorläufige Resultat vom 24. Juni. Es zeigt eine leichte Steigerung des Prozentsatzes der zum Militär eingezogenen Mitglieder an, und zwar von 66,48 auf 66,79. Auch eine Steigerung des Prozentsatzes der in Arbeit stehenden Mitglieder ist wahrzunehmen, hingegen ein Rückgang der Arbeitslosen- und Krankenziffer. Nach dem vorläufigen Ergebnis vom 24. Juni standen von je 100 noch vorhandenen Mitgliedern, soweit sie von den Feststellungen erfaßt sind, 97,15 in Arbeit, 2,04 waren krank und 0,81 arbeits-

los. Das Resultat für den 15. Juli weist nach, daß von je 100 Mitgliedern 97,52 in Arbeit standen, während 1,80 krank und 0,68 arbeitslos waren.

Von dem Zahlstellen- und Mitgliederbestande vor dem Kriege (819 Zahlstellen, 62 673 Mitglieder) wurden durch die Feststellungen erfaßt am

15. Januar 88,40 pZt. der Zahlstellen, 90,78 pZt. der Mitglieder
29. " 85,71 " " " 88,84 " " "
12. Februar 85,10 " " " 88,29 " " "
26. " 86,20 " " " 89,15 " " "
11. März 85,84 " " " 89,26 " " "
25. " 86,94 " " " 89,48 " " "
15. April 87,79 " " " 89,88 " " "
29. " 82,05 " " " 86,94 " " "
13. Mai 85,35 " " " 90,35 " " "
27. " 86,20 " " " 88,19 " " "
10. Juni 85,23 " " " 88,49 " " "
24. " 85,71 " " " 87,58 " " "
15. Juli 86,81 " " " 91,23 " " "

Nachstehend aufgeführte Zahlstellen haben das Ergebnis der Feststellungen für den 15. Juli nicht oder zu spät eingekandt. Die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern (\*) kenntlich gemacht.

Ostpreußen: Soldau.  
Brandenburg: \*Beelitz, \*Dahme, Forst, Lübben-Steynkirchen, Spremberg.  
Pommern: Bütow, Lauenburg.  
Schlesien: Brieg, \*Goldberg, Langenöls, \*Neufals, \*Peitzewitz, Strehlen.  
Provinz Sachsen: Barby, Droyßig, Staßfurt.  
Schleswig-Holstein: Burg i. Ditm., \*Gadersleben.

Westfalen: Herne.  
Rheinpfalz: Landau.  
Königreich Sachsen: \*Delitzsch.  
Württemberg: Heilbronn, Tuttlingen, Ulm.  
Baden: Konstanz.  
Mecklenburg-Schwerin: \*Schwaan.  
Hamburg: \*Cuxhaven.  
Elfaß-Lothringen: Colmar, Straßburg.

Die Umfrage für den 15. Juli erstreckte sich auch darauf, wieviel von den in Arbeit stehenden Verbandsmitgliedern außerhalb des Tarifgebietes, zu dem ihre Zahlstelle gehört, oder im Kriegsgebiet beziehungsweise nicht im Zimmererberuf beschäftigt waren. Sie hat ergeben, daß von 18 519 Mitgliedern, die am 15. Juli als in Arbeit stehend gemeldet wurden, 1477 = 7,98 pZt. außerhalb des Tarifgebietes ihrer Heimatzahlstelle oder im Kriegsgebiet beschäftigt waren und 1242 = 6,71 pZt. nicht im Zimmererberuf arbeiteten. Feststellungen hierüber sind schon zweimal gemacht worden, nämlich am 15. Januar und 15. April dieses Jahres.

Provinzen oder Bundesstaaten	Zahl der außerhalb des Tarifgebietes oder im Kriegsgebiete Beschäftigten nicht im Zimmererberuf		Provinzen oder Bundesstaaten		Zahl der außerhalb des Tarifgebietes oder im Kriegsgebiete Beschäftigten nicht im Zimmererberuf	
	1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	53	10	Sachsen-Weimar	15	36	
Westpreußen	40	20	Mecklenburg-Strelitz	4	3	
Brandenburg	138	77	Oldenburg	41	4	
Pommern	29	14	Braunschweig	5	49	
Posen	10	5	Sachsen-Meiningen	6	6	
Schlesien	46	25	" Altenburg	—	15	
Sachsen	182	66	" Coburg-Gotha	—	16	
Schleswig-Holstein	38	66	Anhalt	5	5	
Hannover	63	101	Schwarzburg-Sondersh.	1	2	
Westfalen	73	18	" Rudolstadt	12	11	
Hessen-Nassau	11	52	Waldeck	—	—	
Rheinland	112	5	Neuß ä. L. (Greiz)	1	2	
Preußen	795	459	" j. L. (Gera)	—	1	
Bayern	124	54	Schaumburg-Lippe	—	2	
(Rheinpfalz)	2	4	Lippe-Detmold	—	—	
Sachsen	264	430	Lübeck	—	6	
Württemberg	14	3	Bremen	45	14	
Baden	8	12	Hamburg	102	63	
Hessen	15	6	Elfaß-Lothringen	3	7	
Mecklenbg.-Schwerin	15	32	Deutsches Reich	1477	1242	

Am 15. Januar waren 8,98 pZt. der in Arbeit stehenden Mitglieder außerhalb des Tarifgebietes ihrer Zahlstelle oder im Kriegsgebiet beschäftigt; am 15. April 8,79 pZt. Nicht im Zimmererberuf arbeiteten am 15. Januar 9,28 pZt., am 15. April 7,94 pZt. In beiden Fällen ist somit seit dem 15. Januar ein Rückgang wahrzunehmen, der am stärksten ist bei den nicht im Beruf beschäftigten, weniger stark bei den außerhalb des Tarifgebietes beziehungsweise im Kriegsgebiet arbeitenden Mitgliedern. Diese Feststellungen zwingen zu der Annahme, daß einmal im Zimmererberuf selbst sich zunehmende Beschäftigungsgelegenheit bietet, und daß zweitens es auch am Wohnort der Mitglieder beziehungsweise im Tarifgebiet desselben an Arbeit nicht mangelt. Wie es mit beiden Beschäftigungsarten am 15. Juli in den einzelnen Provinzen beziehungsweise Bundesstaaten bestellt ist, ergibt sich aus der Tabelle am Schlusse der zweiten Spalte.

Die Karte Nr. 12 für den 24. Juni ist, nachdem das Resultat der Feststellungen für die Veröffentlichung im „Zimmerer“ Nr. 28 zusammengestellt war, noch aus 37 Zahlstellen eingegangen, die insgesamt 4027 Mitglieder nachweisen. Davon waren zum Militär eingezogen 2886, arbeitslos 10, krank 16 und 1115 Mitglieder standen in Arbeit.

Das Endergebnis für den 24. Juni stellt sich demnach wie folgt: 739 Zahlstellen haben die Karte Nr. 12 eingekandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 58 918. Hiervon waren seit Ausbruch des Krieges bis 24. Juni 39 380 zum Militär eingezogen; arbeitslos waren am 24. Juni 158; dagegen standen 18 988 Mitglieder in Arbeit und 392 waren krank. 28 Mitglieder waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit. Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen konnten mithin die berichtenden Zahlstellen noch einen Mitgliederbestand von zusammen 19 538 nachweisen.

Endergebnis Resultat der Feststellungen bis zum 24. Juni 1916.

Termin der Feststellungen	Anzahl der an den Feststellungen Beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind					Von den Arbeitslosen (Spalte 5) sind zur Arbeit nach auswärts bereit
	Zahlstellen	Mitglieder	zum Militär eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank		
1	2	3	4	5	6	7	8	
1915: 16. Januar	700	55337	24004	4181	26356	796	884	
30. Januar	707	55234	24336	5206	24871	821	933	
13. Februar	695	55305	25079	4797	24489	940	837	
27. " "	705	56009	26039	3833	25391	746	758	
13. März	710	55721	26825	3423	24697	776	591	
27. " "	657	54482	26841	2390	24497	754	473	
10. April	700	55677	28426	1821	24786	644	393	
24. " "	695	56059	28999	1367	25115	578	336	
15. Mai	706	56498	30039	901	25026	532	240	
29. " "	709	56477	30600	753	24577	547	197	
12. Juni	685	56041	30560	695	24293	493	172	
26. " "	690	56657	31587	544	24049	477	124	
10. Juli	701	56132	31915	553	23192	472	143	
24. " "	733	57575	33261	363	23492	459	70	
14. August	704	56311	32857	415	22614	425	86	
28. " "	707	56537	33375	382	22365	415	49	
11. September	701	56107	33392	311	21909	405	24	
25. " "	742	58236	35291	290	22221	434	35	
16. Oktober	715	56332	34727	280	20936	389	26	
30. " "	715	56966	35525	262	20783	396	28	
13. November	707	56791	35522	272	20581	416	19	
27. " "	718	57611	36792	375	19885	559	34	
11. Dezember	707	57539	36794	401	19839	505	17	
24. " "	743	58491	37776	668	19555	492	43	
1916: 15. Januar	733	57441	37706	807	18463	465	73	
29. Januar	722	56810	37206	769	18361	474	76	
12. Februar	723	56743	37237	903	18119	484	133	
26. " "	722	56647	37294	1073	17770	510	212	
11. März	725	56843	37665	863	17786	529	125	
25. " "	740	57814	38584	670	18034	526	117	
15. April	733	57561	38494	434	18192	441	63	
29. " "	717	56531	37729	382	18001	419	74	
13. Mai	721	57574	38430	304	18449	391	58	
27. " "	726	57960	38656	246	18667	391	31	
10. Juni	729	58168	38779	178	18816	395	26	
24. " "	739	58918	39380	158	18988	392	28	

Gegenüber dem endgültigen Ergebnis der Feststellungen von Ende März dieses Jahres ist eine leichte Steigerung des Mitgliederbestandes zu konstatieren, von 19230 auf 19538. Wohngegen von Ende Dezember 1915 bis Ende März 1916 noch ein Rückgang der Mitgliederzahl festgestellt werden konnte um 1485. Es hat den Anschein, als ob ein weiteres Sinken der Mitgliederzahl unseres Zentralverbandes nicht mehr zu befürchten steht. Der noch durch Einberufungen zum Heeresdienst verursachte Abgang läßt sich mit einiger Mühe durch verstärkte Werbearbeit und dadurch bewirkte Neu- und Wieder- eintritte ausgleichen.

Wie stets bei Veröffentlichung des endgültigen Ergebnisses am Vierteljahreschlusse lassen wir auch diesmal eine Tabelle folgen, welche die Kriegswirkungen auf unsern Zentralverband in Verhältniszahlen veranschaulicht. Als vergleichenden Maßstab für die Arbeitslosigkeit sind in Spalte 6 der Tabelle die Durchschnittszahlen der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1899 bis 1908 in den Parallelmonaten eingesetzt, die bekanntlich aus regelmäßigen Erhebungen an Stichtagen gewonnen sind.

Termin der Feststellungen	Summ. ein-gezogen	Von den noch verbliebenen Verbandsmitgliedern waren			Arbeitslosigkeit im Durchschnitt der Jahre 1899-1908 in den in Frage kommenden Monaten	Von den Arbeitslosen waren zur Aufnahme von Arbeit nach amtlichem Bericht
		in Arbeit	krank	arbeitslos		
1	2	3	4	5	6	7
17. August 1914	30,83	84,20	—	15,80	—	—
24. " 1914	33,82	83,95	—	16,05	2,17	—
31. " 1914	35,01	83,89	—	16,11	—	—
31. Oktober 1914	36,73	89,75	1,92	8,38	4,42	—
16. Januar 1915	43,88	84,12	2,54	13,34	20,27	21,40
30. " 1915	44,06	80,50	2,65	16,85	—	17,92
13. Februar 1915	45,35	81,02	3,11	15,87	—	17,45
27. " 1915	46,49	84,72	2,49	12,79	18,84	19,78
13. März 1915	48,14	85,47	2,68	11,85	—	17,27
27. " 1915	49,27	88,62	2,73	8,65	10,22	19,79
10. April 1915	51,06	90,96	2,36	6,68	—	21,58
24. " 1915	51,78	92,81	2,14	5,05	4,49	24,58
15. Mai 1915	53,17	94,58	2,01	3,41	2,73	26,64
29. " 1915	54,18	94,98	2,11	2,91	—	26,16
12. Juni 1915	54,53	95,34	1,93	2,73	1,98	24,75
26. " 1915	55,75	95,93	1,90	2,17	—	22,80
10. Juli 1915	56,85	95,77	1,95	2,28	2,07	25,86
24. " 1915	57,77	96,62	1,89	1,49	—	19,28
14. August 1915	58,35	96,42	1,81	1,77	2,17	20,72
28. " 1915	59,03	96,56	1,79	1,65	—	12,83
11. Septbr. 1915	59,61	96,84	1,79	1,37	3,12	7,72
25. " 1915	60,60	96,85	1,89	1,26	—	12,07
16. Oktober 1915	61,65	96,90	1,81	1,29	4,42	9,29
30. " 1915	62,36	96,93	1,85	1,22	—	10,69
13. Novbr. 1915	62,55	96,77	1,95	1,28	5,79	6,99
27. " 1915	63,86	95,51	2,69	1,80	—	9,07
11. Dezbr. 1915	63,95	95,63	2,44	1,92	13,80	4,24
24. " 1915	64,58	94,40	2,38	3,38	—	6,44
15. Januar 1916	65,64	93,55	2,36	4,09	20,27	9,05
29. " 1916	65,49	93,66	2,42	3,92	—	9,88
12. Februar 1916	65,62	92,89	2,48	4,63	18,84	14,73
26. " 1916	65,84	91,82	2,64	5,54	—	19,76
11. März 1916	66,26	92,74	2,76	4,50	10,22	14,48
25. " 1916	66,74	93,78	2,74	3,48	—	17,45
15. April 1916	66,88	95,41	2,31	2,28	4,49	14,52
29. " 1916	66,74	95,74	2,23	2,03	—	19,37
13. Mai 1916	66,74	96,37	2,04	1,59	2,78	19,03
27. " 1916	66,69	96,70	2,03	1,27	—	12,60
10. Juni 1916	66,67	97,04	2,04	0,92	1,98	14,61
24. " 1916	66,84	97,18	2,01	0,81	—	17,72

Der Termin der nächsten Feststellungen ist Sonnabend, den 29. Juli. An diesem Tage ist die Karte Nr. 14 auszufüllen und sofort einzufenden.

### Sturm auf gegen Bethmann.

Von Ad. Thiele.

Noch kein deutscher Kanzler konnte sich des ungeteilten Vertrauens der „Kreuzzeitung“ Leute und der ihnen politisch nahestehenden Industriekreise erfreuen. Man erinnert sich, welchen heißen Kampf Bismarck gegen seine Widersacher in diesen heißen Jahren hindurch führte und wie grimmig er sich wiederholt über ihr heimtückisches Ränkespiel beschwert hat. Sein Nachfolger, Caprivi, wurde von ihnen wegen des deutsch-russischen Handelsvertrages gestürzt, der eine Bresche schlug in die Mauer der Hochschutzzölle für Getreide. Der dritte Kanzler, Fürst Hohenlohe, war zwar selbst einer der größten Großgrundbesitzer, entsagte jedoch trotzdem nicht der Anfeindung, da er sein Versprechen hielt, noch vor Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches werde das Verbot aufgehoben werden, nach welchem politische Vereine nicht miteinander in Verbindung treten durften, ein Ueberbleibsel aus der glorreichen Reaktionszeit von 1851. Als vierter Kanzler folgte der geschmeidige Bülow. Unter seiner Leitung kam der hochagrarische Zolltarif von 1902 zustande. Auch sonst bemühte er sich, wohl weniger aus Herzensneigung als vielmehr aus der Einsicht heraus, wie rückständig und zähe die „kleine, aber einflussreiche Partei“ hassen und verfolgen kann, das Wohlwollen der Herren von Ar und Galm zu gewinnen. Doch trotz seines auffälligen Rotaus-

vor dem Bunde der Landwirte gegen Mitte des vorigen Jahrzehnts und trotz seines Wahlmanövers von 1907 mißtrauten sie ihm und haben eifrig Scheite zu dem Holzstoße getragen, auf dem er vor sieben Jahren verbrannt wurde. Seitdem sitzt Bethmann am Reichstische. Er ist fleißig darauf bedacht gewesen, offene Konflikte mit der Rechten zu vermeiden, und seine Anschauungen verbinden ihn viel eher mit ihr als mit dem Liberalismus. Allein die Gnadenjonne ihres vollen Vertrauens ist ihm nicht aufgegangen. Und während des Krieges ist mehrfach ihre direkte Gegenfähigkeit scharf bemerkbar geworden.

Seit einigen Wochen hat sich der früher mehr stille Kampf zum offenen Sturm auf gegen Bethmann entwickelt. Die Herren von der äußersten Rechten haben dabei die Bundesbrüderschaft der alldeutschen Nationalliberalen gefunden. Beide Gruppen glauben, aus doppelter Ursache zur Opposition berechtigt zu sein. Sie befürchten, der Reichskanzler werde der Sozialdemokratie bei der in Aussicht gestellten „Neuorientierung“ zu viele Zugeständnisse machen, und zweitens trauen sie ihm in Sachen der Annexionen nicht. Den ersteren Grund ihres Mißbehagens verschweigen sie jetzt natürlich; denn sie würden zurzeit für ihren Widerstand kein Echo finden. Um so sicherer glauben sie, starken Rückhalt in weiten Kreisen zu finden, wenn sie den Rahmen der zu machenden Annexionen viel weiter spannen, als Bethmann es getan hat, der nur für den Osten, nicht auch für den Westen Grenzveränderungen in Aussicht gestellt hat.

Schon seit Monaten sind in der „Deutschen Tageszeitung“ durch den Grafen Reventlow, in der „Post“, der „Kreuzzeitung“ und andern Blättern ab und zu Raketen aufgestiegen, die ein schärferes Zugreifen in fremdstaatliche Gebiete forderten. Am 25. Juni hielten dann die sächsischen Nationalliberalen in Chemnitz einen Parteitag ab, der Stellung nahm zu den Kriegszielen. Professor Brandenburg, der Vorsitzende der sächsischen Nationalliberalen, schrieb darüber im „Leipziger Tageblatt“, wir brauchten einen Staatsmann, „der uns einen unsere Zukunft sichernden, den gewaltigen Opfern entsprechenden Frieden schafft“. „Dürfen und können wir zu Herrn v. Bethmann-Hollweg das feste Vertrauen haben, daß er alle seine Kraft daransetzen wird, nicht eher Frieden zu schließen, als bis diese dauernde Sicherung erreicht ist? Wir wissen bisher nichts Positives von dem, was der Reichskanzler erstrebt.“ Auch der Zentralvorstand der deutschen nationalliberalen Partei sei einmütig der Meinung, daß unser militärischer und wirtschaftlicher Machtbereich nach Westen und Osten ausgedehnt und unser Kolonialreich auf festere Grundlagen gestellt werden müsse. Geschehe das nicht, so ständen wir nach dem Kriege schlechter da als vorher. Professor Brandenburg, der auch Geheimer Hofrat ist, schließt: „Möge der Herr Reichskanzler sein Spiel aufdecken, möge er uns klar und unzweideutig sagen, was er will, welches die Mindestforderungen sind, ohne deren Erfüllung er keinen Frieden schließen wird, dann wird es Zeit sein, Vertrauen zu fordern und zu geben.“

Eher will also Herr Brandenburg sein wertvolles Vertrauen dem Kanzler nicht schenken. Er vergißt gänzlich, daß es der Kanzler beim besten Willen nicht in seiner Macht hat, jetzt die Friedensbedingungen aufzustellen und sie den Gegnern, wenn es so weit sein wird, vorzuschreiben. Zum Friedenmachen gehören zwei, nicht einer. Und wenn die Herren meinen, das deutsche Volk sei dafür zu haben, auch nur um einen einzigen Tag den Krieg länger zu führen als nötig ist, um alldeutsche Eroberungspläne durchzusetzen, dann irren sie gewaltig. Selbst wenn der Kanzler ihnen ganz zu Willen sein wollte, würde er das nicht ausführen können, weil er am geschlossenen Widerstande des deutschen Volkes zerbrechen würde. In Wahrheit richtet sich darum die konservativ-alldeutsche Attade nicht gegen den Kanzler, sondern gegen die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes, dem es wahrlich genug ist des Blutes, des Grauens, des Elends. — Es wäre erwünscht gewesen, daß der Reichskanzler in seiner Antwort auf den Vorstoß Brandenburgs diesen Faden gesponnen hätte. Statt dessen schrieb er in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 8. Juli, noch sei der endgültige Sieg nicht errungen, und es empfehle sich, solange der Krieg dauere, gegenüber der politischen Leitung des Reiches Vorsicht und kritische Zurückhaltung zu üben. Wer für heute mißtraue, weil er für übermorgen Vorbehalte habe, der schwäche die einige innere Stärke.

Diese Mahnung zu beachten, sind die Konservativen nicht gewillt. Die „Kreuzzeitung“ schrieb am 8. Juli, Vertrauen sei nicht eine Sache, die willkürlich gegeben oder verweigert werden könne, etwa wie eine Zahlung oder Steuerleistung. Vertrauen sei vielmehr eine Sache des Gefühls und der Ueberzeugung. Blindes Vertrauen könne nur jemand geschenkt werden, von dem man wisse, er werde immer die richtigen Ziele und Wege finden. Solch blindes Vertrauen hätten ganze Völker nur einzelnen Männern geschenkt, nachdem diese auf überragende Erfolge hätten blicken können. Moltke und Hindenburg besaßen und besäßen es; selbst einem Bismarck sei es nicht un-

bedingt zuteil geworden. — Auch die „Deutsche Tageszeitung“ fühlte sich durch die Antwort Bethmanns in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht befriedigt. Sie hielt die Anfrage Brandenburgs für durchaus berechtigt und erfüllbar; die Anfrage enthalte nur das, wonach „die weitesten Kreise unseres Volkes verlangen“. Es wäre höchst bedenklich, dem deutschen Volke Schweigen auferlegen zu wollen, bis es seinen Zweck mehr habe, zu reden, weil dann aller Voraussicht nach doch nichts Wesentliches mehr geändert werden könne. — Die alldeutsche „Tägliche Rundschau“ wünscht gleichfalls, der deutschen Nation müsse die Gewißheit gegeben werden, daß sie nicht umsonst blute und kämpfe, sondern für ein Ziel, das Opfer und Blut wert sei.

Auf diese Solidaritätserklärungen mit Professor Brandenburg antwortete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zum zweiten Male. Nicht blindes Vertrauen erwarte der Reichskanzler, sondern er fordere nur, daß er nicht zu Unrecht verdächtigt werde, nicht aus realen, sondern aus sentimentalischen Gründen auf wirksame und entscheidende Kriegsmittel zu verzichten. Ziemlich entschieden wendete sich darauf das Organ des Kanzlers gegen „Kreuzzeitung“ und „Tageszeitung“. Diese sind die Entgegnung nicht schuldig geblieben, so daß sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, zumal auch Professor Brandenburg wieder mit eingriff, zum dritten Male veranlaßt fand, den Standpunkt des Kanzlers zu vertreten.

Der Streit ist noch nicht zu Ende. Er verdient die Beachtung der Allgemeinheit, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß diese Art der Opposition und von dieser Seite geführt nur unternommen wird, wenn die feste Absicht besteht, ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Welches Ziel hierbei in Frage kommt, braucht nicht ausdrücklich gesagt zu werden.

### Ernährungsfragen und kriegswirtschaftliche Maßnahmen.

Anarchie in der Preisentwicklung. Das Volk leidet unter einer Teuerung, der gegenüber man das mißbräuchlich und unberechtigt viel benutzte Sprüchlein von der „guten alten Zeit“ mit Recht anwenden kann. Nur zum Teil liegen der Verteuerung der Lebenshaltung sachliche Momente zugrunde, überwiegend entspringt sie zügelloser Gewinnjucht. Aber es ist sehr schwer, die geheimen und verdeckten Abzugskanäle der Gewinnströme aufzuspüren, noch schwerer, sie zu verstopfen. Eine Interessentengruppe wirft der andern vor, sie sei die Hauptträgerin der Preistreiberien. Bald ist es der Handel, bald der Verbraucher, der die allgemeine Unzufriedenheit über die herrschenden Zustände auf den andern über auf die öffentlichen Einrichtungen zu lenken versucht. Beide Gruppen wollen mit solchem Schreiben im trüben fischen; denn die Verbraucher haben leider nur Grund genug, mit den kriegswirtschaftlichen Einrichtungen unzufrieden zu sein, gerade weil sie den Produzenten und dem Handel viel zu viel Spielraum lassen, der ihnen zur Durchsetzung ihrer Sonderinteressen dient. Produzenten und Händler dürften gerechterweise die staatlichen und gemeindlichen Träger der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen loben und preisen für die Förderung und Schonung, die man ihren Interessen angedeihen läßt. Das wird man natürlich nicht eingestehen, damit die Verbraucher den Sitz der Uebel nicht erkennen.

Die neue Verordnung über den Verkehr mit Kartoffeln zeigt wieder aufs neue, daß die Landwirtschaft wahrhaftig keine Veranlassung hat, mit der Gestaltung der Verhältnisse unzufrieden zu sein. Im folgenden soll jedoch auch einmal darauf hingewiesen werden, wie große Gewinne der Handel bei dem Verschleiß von Getreide, Mehl, Brot und Fleisch einnimmt.

Vor dem Kriege betrug die Spannung zwischen den Vieh- und den Großhandelspreisen etwa 10 bis 15 % für das Pfund; im August war die Spannung jedoch auf 35 % gestiegen. Das ist eine durch nichts gerechtfertigte Erhöhung des Gewinnes. Sie erklärt es, daß Händler in wenigen Stunden viele Tausende von Mark „verdienen“. Auch die Spannung zwischen den Groß- und Kleinhandelspreisen veränderte sich. Doch ist es schwer, darüber ein klares Bild zu erhalten. In manchen Orten und bei verschiedenen Fleischsorten wuchs die Spannung um 8, an andern Stellen verringerte sie sich dagegen. Aber zu den „niedrigen“ Preisen bekam man kein Fleisch; es wanderte in die Wurstküchen, Konservenfabriken, und für die dann herauskommenden Erzeugnisse hatten die Verbraucher Preise zu zahlen, die die frühere Spannung um ein vielfaches vergrößerten. Im Durchschnitt des Jahres 1913 kostete in Berlin Schweinefleisch, ein Zentner Schlachtgewicht, M 74, im Kleinhandel ein Pfund Fleisch etwa M 1. Somit ergab sich für das Pfund eine Spannung zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen von 26 %. Im vergangenen Winter betrug der Durchschnittspreis im Großhandel etwa M 150 für den Zentner, im Kleinverkauf wurden M 2,20 bis 2,80 für das Pfund verlangt. Die Spannung war demnach um das Doppelte bis Vierfache größer geworden. In Berlin war vor dem Kriege der Preis für ein Pfund Brot nicht höher, sondern meistens niedriger als für ein Pfund Mehl; im allgemeinen kostete Brot 2 bis 4 % weniger als die gleiche Gewichtsmenge Mehl. Wie steht es jetzt damit? Nach einer Erhebung des Bäckerverbandes war der Brotpreis in 64 Gemeinden auch jetzt noch niedriger als der Preis für Mehl; in 24 Orten deckten sich die Preise und in 144 Gemeinden war ein Pfund Brot bis um 10 1/2 % teurer als die gleiche Gewichtsmenge Mehl. Und dabei enthält das Brot jetzt Kartoffeln, zuweilen auch noch andere minderwertigere Stoffe als Mehl. Nun liegen den Brotpreisen aber auch höhere Mehlpreise zugrunde, Preise für Mehl, die ebenfalls wieder

stärker getrieben sind als die Getreidepreise. Früher betrug die Spannung zwischen Roggen- und Weizenmehlpreis etwa M 50, im März 1915 jedoch M 240. Der Gewinn des Großhandels war demnach um fast das Fünffache gestiegen! Bisher hat sich gezeigt, daß bei den Festsetzungen von Höchstpreisen der Zufall, oder sagen wir richtiger: der Einfluß der Interessenten eine zu große Rolle spielte. Nach den amtlichen Festsetzungen schwanken die Preise für ein Pfund Roggenmehl an den verschiedenen Orten zwischen 15 bis zu 44 S, für Weizenmehl zwischen 15 bis zu 28 S. Solche Verschiedenheiten haben keine sachliche Begründung, sie entspringen Willkürlichkeiten, die unbedingt verschwinden müssen. Bei neuen Verordnungen sollten nicht nur Richtlinien für Uebnahmepreise, sondern auch für Groß- und Kleinhandelspreise festgelegt werden.

Keine Höchstpreise für Gemüse, aber Dörrverbot. Mit der Festsetzung von Höchstpreisen hat man vielfach sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Höchstpreise nur für den Kleinhandel lassen die Preise im Großhandel so weit hinaufklettern, daß die Kleinändler die Ware nicht heranzubringen können. Höchstpreise im Großhandel oder auch im Groß- und Kleinhandel, die den Interessenten noch nicht hoch genug sind, haben ein Zurückhalten der Ware zur Folge, teilweise auch eine Verschiebung bei der Erzeugung. Man produziert solche Nahrungsmittel, bei denen die größten Gewinne in Aussicht stehen. Zimmerer kann man durch Beschlagnahme und Verkaufszwang den Preiswucherern das Handwerk etwas erschweren. Eine wirkliche gründliche Regelung der Nahrungsmittelförderung setzt jedoch Organisationen und Maßnahmen voraus, die sowohl die Erzeugung als auch die gesamte Verteilung der Willkür der Interessenten — der Produzenten und Händler — entziehen. Soweit sind wir vorläufig jedoch noch nicht. Und diktatorische Anordnungen können den Mangel der erforderlichen Einrichtungen nicht ausgleichen. Besonders schwierig liegen die Verhältnisse bei Waren, die leichtem Verderben ausgesetzt sind, und bei denen sich nach den verschiedenen lokalen Verhältnissen große Preisunterschiede ergeben. Eine solche Ware ist das Frischgemüse. Sollen dafür Höchstpreise festgesetzt werden? Nach den bisherigen Erfahrungen wäre das nicht zu empfehlen. Sie könnten sich nur dann bewähren, wenn den Gemeinden die Beschlagnahmepflicht auferlegt würde und wenn sie Vertriebsorganisationen zur Verfügung hätten, die eine flotte und sichere Verteilung ermöglichen. Daran fehlt es noch. Es scheint daher vorteilhafter zu sein, von Höchstpreisen abzusehen. Die Probe mit der Preisregulierung für Obst in Berlin wirkt abschreckend. Werden nun Höchstpreise für Gemüse nach den örtlichen Verhältnissen festgesetzt, dann wandert die Ware doch dahin, wo sie die höchsten Preise erzielen kann, und die öffentlich bekanntgegebenen Höchstpreise dienen als Begleiter für die spekulativen Händler. Dagegen könnte man wieder mit Ausfuhrverboten einschreiten. Dann jedoch fehlt der erforderliche Ausgleich. In dem einen Bezirk erstickt man in Gemüse, im andern herrscht Mangel. Soll man nun Einheitspreise für das Reich geben? Nimmt man als Grundlage für sie die Gebiete mit niedrigen Preisen, dann wäre damit eine Schädigung der Produzenten verbunden, die mit höheren Selbstkosten arbeiten. Sie würden das Gemüse lieber verfüttern. Regelt man aber den Reichshöchstpreis nach den Verhältnissen der Gebiete mit höheren Gemüsepreisen, dann werden die Verbraucher geschädigt, die im freien Verkehr billigere Ware erlangen könnten. Die Wahl einer mittleren Linie würde die Ungerechtigkeit nach beiden Seiten halbieren, aber die Unzufriedenheit vielleicht verdoppeln. Frischgemüse kann man nicht lange aufstapeln; darum ist nicht zu befürchten, daß man es zurückhält, um Wucherpreise zu erlangen. Nur eine Gefahr besteht, nämlich die, daß die Ware in die Konserverfabrik wanderte und dann später viel teurer an die Verbraucher gelangte. Dieser Gefahr ist nun ein Niegel vorgezogen worden: Bis zum 1. August darf kein Gemüse gedörrt werden.

Monat Januar konnten von hier aus 145 Kameraden aus allen Teilen des Reiches Arbeit nachgewiesen werden. Jeder Zimmerer, der sich um Arbeit bemüht hat, hat die Arbeitsbedingungen der Firma festgestellt bekommen und mußte somit genau wissen, um was es sich handelt. Bis zur Beendigung scheint nun auch alles in Zufriedenheit gelebt zu haben. Als dann aber die Rückreise angetreten werden sollte, haben sich allerlei Widerwärtigkeiten ergeben. Die Vertreter der Firma haben sich einen Revers unterschreiben lassen, wonach jede Nachforderung ausgeschlossen ist. Trotzdem kommen nun aber eine ganze Anzahl Kameraden und machen Ansprüche an die Firma geltend.

Nach den Arbeitsbedingungen haben die Zimmerer auch für die Rückreise die Entschädigung von M. 7,50 pro Reisetag zu beantragen. Wenn sie durch eigene Unterschrift darauf verzichtet haben, so ist es ihre eigene Schuld. Auch hieraus ist die Lehre zu ziehen, nie etwas unterschreiben, bevor man sich über den Inhalt ganz klar ist.

Die private Bautätigkeit ruhte im Gau fast überall vollständig. Alles, was gebaut wird, hängt mit dem Kriege zusammen. In Cassel, Hanau a. M., Mainz und Nüsselsheim wurden größere Bauten aufgeführt, die Nachfrage nach Zimmerern war sehr groß. Es ist leicht begreiflich, daß an diesen Orten besonders stark das Streben nach höherem Lohn sich bemerkbar machte.

Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband reizte durch seinen Druck auf die Unterverbände geradezu zur Klindigung des Burgfriedens. Es hat in den Versammlungen auch Mühe gekostet, die Gemüter zu beruhigen. Durch Verhandlungen ist dann erreicht, daß die Arbeiter im Baugewerbe die Kriegszulagen, die durch die zentralen Verhandlungen vereinbart sind, um drei und mehr Monate früher bekommen haben.

Durch den Ablauf der Tarifbewegung machte sich ein etwas regeres Leben in den Zahlstellen bemerkbar. Eine ganze Anzahl Versammlungen wurde abgehalten, um Stellung zu diesen Fragen zu nehmen. Auch wurde, besonders an den gutbesetzten Orten, der Versuch gemacht, durch Agitation die Organisation zu stärken. Zum Teil waren sehr gute Erfolge zu verzeichnen. Leider muß konstatiert werden, daß mit Fertigstellung der Arbeiten diese neugewonnenen Mitglieder zum Teil wieder fahnenflüchtig werden. Hier ist es Aufgabe sämtlicher Mitglieder auf den Plätzen, dafür zu sorgen, daß durch mindestens monatliche Bücherkontrolle und diese Mitglieder erhalten bleiben.

Infolge weiterer Einziehung unserer Mitglieder zum Militärdienst schrumpfte die Mitgliederzahl immer mehr zusammen. Als Folge hiervon mußten die Zahlstellen Deckenbach, Hersfeld und Schenkengfeld aufgelöst werden. Von den bei Ausbruch des Krieges bestehenden 29 Zahlstellen sind nun noch 18 lebensfähig. Die Mitgliederbewegung gibt folgendes Bild:

Datum	In Arbeit	Arbeitslos	Krank	Zum Militär	Zusammen
15. Juli 1914	2945	—	—	—	2945
16. Januar 1915	1432	67	25	1310	2834
15. Januar 1916	860	8	13	2029	2910
15. April 1916	844	6	17	2073	2940
10. Juni 1916	870	3	12	2080	2965

Ueber die Tätigkeit der Angestellten geben folgende Zahlen Auskunft. Es haben stattgefunden:

Sitzungen	Kassenrevisionen	Versammlungen	Verbandslungen	Flugbesprechungen	Klagen	Zusammen
33	32	51	26	13	3	158

Der Postverkehr zeigt folgendes Bild:

A. Eingänge:					
Briefe	Karten	Geldsendungen	Drucksachen	Pakete	Zusammen
894	758	196	194	44	2086
B. Ausgänge:					
Briefe	Karten	Geldsendungen	Drucksachen	Pakete	Zusammen
846	374	223	8220	10	9673

Außerdem wurden 82 verschiedene Zirkulare als Abrechnungen, Einladungen usw. in über 8000 Exemplaren vervielfältigt.

Eine bedauerliche Erscheinung tritt bei einem Teil der vom Militärdienst reklamierten beziehungsweise beurlaubten Mitglieder zu Tage. Diese sehen eine besondere Ehre darin, wenn sie den Verband um einige Wochen Beiträge bringen können. Eigentlichlich berührt es, wenn alte Mitglieder, die ganz kurze Zeit in irgend einer Garnison Dienst gemacht haben, dann als reklamierte Leute in Russisch-Polen für dieselben Lohn- und Arbeitsbedingungen gearbeitet haben wie die aus Deutschland dorthin gereisten Mitglieder, sich gebärden, als wenn sie das Vaterland gerettet haben. Sie begründen die Weigerung der Beitragszahlung damit: „Wir haben den ganzen Jammer des Krieges mitgemacht und Ihr zu Hause sollt Euch schämen, von uns nun noch Beiträge zu verlangen.“ Erfreulich ist hierbei, daß es sich nur um ganz vereinzelte Fälle handelt. Für diese Drückberger haben wir ein Mahnverfahren geschaffen, sie erhalten ein Schreiben, worin sie aufgefordert werden, innerhalb acht Tagen ihre Anmeldung zu vollziehen, widrigenfalls sie wegen Schulden gestrichen werden.

Ein reger Verkehr findet auch mit den Mitgliedern im Felde statt. Es kann gesagt werden, daß ein großer Teil dieser Kameraden reges Interesse für die Organisationsfragen zeigt.

Mit Genugtuung können wir sagen: Unsere Organisation hat auch das zweite Kriegsjahr gut überstanden. Das nächste Ziel muß sein, die Lücken, die uns der Krieg in unsere Reihen gerissen, durch Agitation auf den Arbeitsplätzen wieder auszugleichen.

Frankfurt a. M., im Juli 1916. Heinrich Ehlers.

### Unsere Lohnbewegungen.

Um die Erhöhung der Lehrlingslöhne haben sich die drei Vorstände der baugewerblichen Gewerkschaften an den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gewandt. Der Vorstand desselben antwortet darauf, „daß die Regelung des gesamten Lehrlingswesens ausschließlich Sache des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister ist“, er habe die Anträge daher an diesen Verband weitergegeben „und bei dieser Gelegenheit eine mäßige Erhöhung der Lehrlingslöhne befristet“.

Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister antwortet nun:

Innungsverband Deutscher Baugewerksmeister.

Ztg. Nr. 341/16.

Berlin, den 20. Juli 1916.

An den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Berlin. Zum gefälligen Schreiben vom 14. d. Mts. B. Nr. 1382/16.

Wir erkennen die Notwendigkeit einer angemessenen Erhöhung des den Lehrlingen zu den Kosten ihres Lebensunterhaltes zu zahlenden Beitrages durchaus an und haben unsere Bezirksverbands- und Innungsvorstände erneut auf diese Notwendigkeit hingewiesen. Eine Abschrift dieses Schreibens fügen wir bei und geben ergebniß anheim, den Gewerkschaften davon Mitteilung zu machen.

Hochachtungsvoll

Der geschäftsführende Ausschuß des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister. gez.: Gestrich.

Anlage.

Innungsverband Deutscher Baugewerksmeister.

Berlin, den 20. Juli 1916.

An die Vorstände unserer Bezirksverbände und Einzelinnungen.

Die mit dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im Tarifvertragsverhältnis stehenden Arbeitnehmergewerkschaften haben sich an den Bund mit dem Ersuchen gewendet, im Hinblick auf die bestehenden Teuerungszulagen für eine Aufbesserung der Lehrlingslöhne einzutreten. Mit Recht hat der Bund die Anträge an unsern Verband abgegeben und zugleich dabei eine entgegenkommende Haltung befristet.

Wie schon durch unser Mundschreiben vom 4. Dezember vorigen Jahres, empfehlen wir den verehrlichen Vorständen jetzt von neuem, der Frage der Lehrlingslöhne besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und überall dort, wo es noch nicht geschehen ist, eine angemessene Erhöhung des den Lehrlingen zu den Kosten ihres Lebensunterhaltes zu zahlenden Beitrages einzutreten zu lassen.

Wir halten gegenüber der eingetretenen Teuerung eine solche Erhöhung auch deswegen für unbedingt notwendig, um unsern Gewerbe einen ausreichenden handwerklichen Nachwuchs zu sichern. Von verschiedenen Seiten ist übrigens im gleichen Sinne auch bereits in den Kriegslagen unsern Vorstandes und auf mehreren Bezirkstagen auf diese Notwendigkeit hingewiesen worden. Es ist uns ferner bekannt, daß schon eine Reihe von Innungen Erhöhungen bewilligt hat; andererseits sind aber noch zahlreiche Bezirke vorhanden, wo die Lehrlingsvergütungen noch die alten Sätze aufweisen.

Die verehrlichen Vorstände werden dringend gebeten, sich die Förderung unseres Lehrlingswesens auf dem heute besonders wichtigen Gebiete des Lehrlingslohnbeitrages mit allen Mitteln angelegen sein zu lassen und auch hier in ihren Innungsverfammlungen Beschlüsse herbeizuführen, die einer Mehrung unseres gewerblichen Nachwuchses den Weg zu ebnen, geeignet sind.

Mit kollegialem Gruß

Der Geschäftsführende Ausschuß des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister. gez.: G. Gestrich.

Es wird nun Aufgabe unserer Verbandszahlstellen sein müssen, zu kontrollieren, ob und inwieweit in ihren Wirkungsbereichen die Lehrlingslöhne erhöht wurden; darüber zu berichten und unter Umständen in anderer Weise behilflich zu sein, damit auch auf diesem Gebiet Remedur geschaffen wird.

**Eine Lohnvereinbarung auf örtlicher Grundlage in Colbitz (Bezirk Magdeburg).** Bei dieser Vereinbarung wurde eine Lohnerhöhung von insgesamt 8 S zugestanden. Die letzteren 5 S wurden in folgenden Raten verteilt: Ab 5. August abermals 2, ab 2. September wiederum 3 S Zulage, so daß der Stundenlohn bis zum 31. März 1917 50 S beträgt. Die übrigen ortsüblichen Bestimmungen betreffs Zuschläge für Ueberlandarbeiten bleiben wie bisher.

**Zu Tariforten mit weniger als 5000 Einwohnern,** die nach dem Tarifvertrag zum Vertragsgebiet eines größeren Ortes gehören, beträgt die zentral vereinbarte Teuerungszulage 10 S. So hat auch das Tarifamt in Dresden entschieden; nachstehend die Entscheidung:

Sechste Sitzung des Tarifamtes für das Baugewerbe in der Kreishauptmannschaft Dresden am Freitag, 14. Juli 1916, nachmittags 5 Uhr, in der Verbandsgeschäftsstelle, Grunaer Straße 45. Tagesordnung: Antrag des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsangehörigen Deutschlands, Zahlstelle Großhirsdorf und Königsbrück, auf Entscheidung: 1. ob den Zimmergesellen, die in Königsbrück in Beschäftigung stehen, die Kriegszulage in Höhe von 10 S für die Stunde zu zahlen ist, (zahlbar bis 30. Juni dieses Jahres 5 S, ab 1. Juli bis 31. August 8 S und ab 1. September 10 S); 2. ob auch den Zimmergesellen, die in Pulsnitz in Beschäftigung stehen, der für Königsbrück geforderte Kriegszuschlag zu zahlen ist. Anwesend: Herr Oberjustizrat Dr. Stöckel, Dresden, als Vorsitzender, von den Arbeitgebermitgliedern die Herren Baumeister Kirstin und Trepp, Dresden, Kühn, Nadeberg, und Gabsch, Großhirsdorf, von den Arbeitnehmermitgliedern die Herren Köhler, Demichen, Meiser, Köschler und Friedrich, Dresden, von den Parteien als Auskunftspersonen die Herren Baumeister Halbauer, Rewig und Wehner, Königsbrück, von den Arbeitgebern, und Herr Schraber, Hamburg, von den Arbeitnehmern, Herr Verbandsgeschäftsführer Paul Liebcher als Schriftführer.

Das Tarifamt Dresden ist für den vorliegenden Streitfall im Einverständnis der beiderseitigen Mitglieder der ersten Instanz angerufen worden, weil das Tarifamt Baugen, das für den Verband Ramenz zuständig sein würde, noch nicht gebildet ist, und die Entscheidung des Streitfalles nicht aufgeschoben werden soll. Ferner ist auf Antrag der Arbeitnehmermitglieder der Schlichtungskommission und mit Zustimmung der Arbeitgebermitglieder, da es sich in vorliegenden Falle um Lösung einer Plechfrage handelt, der stellvertretende Vorsitzende des Tarifamtes, Herr Oberjustizrat Dr. Stöckel, ge-

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

#### Beitragsleistung.

Die Woche vom 30. Juli bis	5. Aug. ist die 23. Beitragswoche
" " " 6. Aug. "	12. " " 24. " "
" " " 18. " "	19. " " 25. " "
" " " 20. " "	26. " " 26. " "
" " " 27. " "	2. Sept. " " 27. " "

Der Zentralvorstand.

### Bekanntmachungen der Gauvorstände.

#### Gau 15 (Hessen und Hessen-Nassau).

##### Halbjahresbericht.

Zu Beginn des Jahres war im ganzen Gau, besonders aber in den größeren Orten eine starke Nachfrage nach Zimmerern. Einige große Firmen hatten in Russisch-Polen größere Militärbauten insbesondere Brückenbauten auszuführen, zu welchen eine riesige Anzahl Zimmerer nötig waren. Bauarbeiter und Agenten bereisten das Land, um überall Zimmerer anzuwerben; sie hatten guten Erfolg. Organisiert oder nicht, alles wollte nun nach Russland, um dann als „reicher Mann“ wieder in die Heimat zurückzufahren. Daß war die Auffassung der Mehrheit dieser Reiselustigen. Als nun das Feld abgegrast war und keine Zimmerer mehr aufzufinden waren, wandten verschiedene Firmen sich wegen Beschaffung von Zimmerern an unsere Verbandsbureaus. Nun erst bekamen wir die Bedingungen, die in Russland gültig waren, zur Kenntnis und haben dann auf Grund dieser Arbeitsbedingungen die Vermittlung übernommen. Bis dahin war es nicht möglich, etwas Näheres von den dort bereits Beschäftigten zu erfahren.

Damit fällt die Behauptung, hier in Frankfurt wäre ein Vertrag, der schlechter als der Hamburger sei, auch zusammen, weil hier von einem Vertragsabschluß nichts bekannt ist. Im

beten worden, in dieser Sitzung den **Vorsitz** zu übernehmen. Herr Oberjustizrat Dr. Stöckel übernimmt bereitwilligst den Vorsitz in der heutigen Sitzung und eröffnet diese mit der Feststellung der vertragsgemäßen Einberufung und deren Beschlussfähigkeit. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind damit einverstanden, daß das **Tarifamt** analog des § 2 der Geschäftsordnung entscheidet. Ueber den Streitfall Königsbrück sowohl als auch Pulsnitz verhandelte die erste Instanz (Schlichtungskommission) am 3. Juli dieses Jahres in Klossche, wobei der Versuch, den Streitfall zu erledigen, an den auseinandergehenden Meinungen der Kommissionsmitglieder scheiterte.

Der Herr Vorsitzende trägt den Wortlaut der Vereinbarung vom 3. und 4. Mai dieses Jahres vor und erteilt dem anwesenden Arbeitgeber, Herrn Baumeister Halbauer, und den Arbeitnehmern, Herren Schrader und Friedrich, das Wort zur Meinungsäußerung. Nachdem sich die Aussprache erschöpft hat, verlassen die Auskunftspersonen der Parteien das Lokal und das **Tarifamt** tritt in die Sprechverhandlungen ein. Es nehmen daran teil: die Herren Baumeister Kirsten, Tredopp und Kühn als Arbeitgeber und die Herren Köhler, Friedrich und Koschker als Arbeitnehmer. Das **Tarifamt** trifft folgende Entscheidung einstimmig:

**Zu Punkt 1.** Die Zimmergesellen, die in Königsbrück in Beschäftigung sind, haben die Kriegszulagen von 5  $\frac{1}{2}$  und weitere 3  $\frac{1}{2}$  und 2  $\frac{1}{2}$  zu erhalten. **Zu Punkt 2.** Die Zimmergesellen, die in Pulsnitz in Beschäftigung stehen, haben die gleichen Kriegszulagen wie in Königsbrück zu erhalten.

**Zur Begründung** wird angeführt, daß Königsbrück und Pulsnitz nach der letzten Volkszählung weniger als 5000 Einwohner haben und daß Kamenz nach der letzten Volkszählung 12 000 Einwohner hat. Es steht weiter fest, daß für das Vertragsgebiet Kamenz der vorliegende Tarifvertrag vom 2. November 1913 maßgebend ist, in welchem unter II des § 1 bestimmt ist, daß der Vertrag für die Arbeitsstätten für Pulsnitz und in I für die Arbeitsstätten für Königsbrück gilt. Hiernach war das **Tarifamt** einstimmig der Meinung, daß für die Beurteilung der Anträge der Arbeitnehmer der Absatz 2 der Vereinbarung vom 3. Mai zu gelten habe. Der Wortlaut dieses Absatzes ist klar und bietet den Antragstellern eine Grundlage zur Geltendmachung ihrer Ansprüche. Königsbrück und Pulsnitz haben weniger als 5000 Einwohner und mehr als neunmündige Arbeitszeit; sie gehören aber nach dem oben erwähnten Tarifvertrag vom 2. November 1913 zum Vertragsgebiet Kamenz, welches ungefähr 12 000 Einwohner hat, also als größerer Ort im Sinne des Absatzes 2 der Vereinbarung anzusehen ist. Von seiten der Arbeitgeber wurde anfänglich das Bedenken geltend gemacht, daß die Bestimmung in Absatz 2 lediglich für Orte in der Nähe von großen Städten, nach den der Vereinbarung vorausgegangenem Verhandlung, hätte gelten sollen. Dementsprechend seien nach dem Sinne des Absatzes 2 die Orte Königsbrück und Pulsnitz von der Erhöhung auszuschließen. Die Arbeitgeber bescheiden sich aber, daß sich nach dem bestimmten Wortlaut des Absatzes 2 die Antragsteller mit Recht auf diesen Wortlaut, der für sie allein maßgebend ist, beziehen können. Hiernach ist allenthalben die getroffene Entscheidung gerechtfertigt.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben und den Auskunfts-personen bekanntgegeben.

Oberjustizrat Dr. Stöckel als Vorsitzender.

- Gustav Kirsten. Reinhard Köhler.
- Paul Tredopp. Aug. Friedrich.
- Baumeister Kühn. Heinrich Koschker.
- Paul Liebsher als Schriftführer.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Danzig.** (Halbjahresbericht.) Unsere Zahlstelle hatte gleich zu Anfang des Krieges mit der enorm hohen Zahl von 289 eingezogenen Kameraden zu rechnen; sie erhöhte sich im Laufe der Zeit um 160, also auf 449. Die entstandene Lücke durch Neuaufnahmen auszugleichen, war nicht möglich. Es wurden wohl 175 Neuaufnahmen gemacht, davon im letzten Halbjahr 46; aber der Ausgleich konnte auch deshalb nicht stattfinden, weil ein Teil früherer Mitglieder der Organisation den Rücken gefehrt hat. Im letzten Halbjahr mußten 17 Kameraden wegen Schulden gestrichen werden; 20 Kameraden wurden eingezogen. In Anbetracht dessen konnte auch an eine Zunahme der Lokalkasse nicht gedacht werden. Auch mußten wir vom 1. April 1915 an infolge unserer Lohnerhöhung 5  $\frac{1}{2}$  mehr an die Hauptkasse abführen, welche wir in dieser Zeit nicht von unsern Mitgliedern verlangen konnten, sondern es beim alten Beitrag von M 1 ließen. In verschiedenen Bezirken wurde aber der Beitrag nach dem Statut erhöht. Das Finanzgebahren gestaltete sich im Halbjahr folgendermaßen: **Einnahme** für die Hauptkasse im ersten Quartal M 1005,40, **Ausgabe** M 1467,40; **Einnahme** im zweiten Quartal für die Hauptkasse M 2382,30, **Ausgabe** M 3320,50. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß wir einen Zuschuß von M 1400,20 im ersten Halbjahr 1916 erhalten haben. In der Summe sind aber M 2243 enthalten, welche an die Kriegerfrauen im zweiten Quartal gezahlt worden sind. Die andern Summen setzen sich aus Arbeitslosen-, Gemahregelten- und Zuschuhunterstützung zusammen. Für die Lokalkasse waren die **Einnahmen** wie folgt: Lokalkassenbestand am 1. Januar 1916 M 6893,09, **Einnahme** im ersten Quartal M 940,34, **Ausgabe** M 1176,53, **Einnahme** im zweiten Quartal M 949,25, **Ausgabe** 914,53. Mit hin verbleibt ein Lokalkassenbestand von M 6691,62. Die Ausgaben wurden dadurch erhöht, weil wir im ersten Quartal an die Arbeitslosen einen Zuschuß zu der statutarischen Unterstützung zahlten, um die Not der Kameraden in der schwersten Zeit etwas lindern zu helfen. Damit haben wir bewiesen, daß unsere Organisation auch bereit ist, den Kameraden nach Möglichkeit helfend zur Seite zu stehen. Hoffen wir, daß es von denen nicht vergessen wird. Zur Aufklärung der Mitglieder wurden sieben Versammlungen abgehalten; in zwei Versammlungen, die sich hauptsächlich mit der Tarif-

bewegung zu befassen hatten, waren Vertreter des Zentralvorstandes anwesend. Der Besuch konnte besser sein. Der Erfolg unserer Lohnbewegung ist wohl nicht zu verkennen; immerhin, uns wäre es hier möglich gewesen, etwas mehr herauszuschlagen; aber das Gesamtinteresse mußte auch dabei mitsprechen, und somit mußten wir uns begnügen, daß wir die Zulage von 3  $\frac{1}{2}$  schon am 1. Juni 1916 erhielten, nicht erst am 1. Juli. Unser Angestellter hatte an jeden Arbeitgeber ein Schreiben gerichtet, in welchem um eine Zulage ersucht wurde, das den obigen Erfolg hatte. Bei verschiedenen Meistern mußte allerdings erst persönlich Rücksprache genommen werden. Der Zuschlag wurde bezahlt bis auf Herrn Knaak-Oliva. Dieser Herr entschuldigte sich damit, er erhalte von der Wertf auch erst am 1. Juli die Zulage. Da haben es die Mitglieder verschuldet, sonst hätten die es ebenfalls erhalten. Mehr könnte hier für die Mitglieder herauskommen, wenn nicht Ueberstunden und Akkordarbeit gemacht, sondern energisch zurückgewiesen würden. Vorstandssitzungen fanden elf statt. Agitationstouren mußten 14 auf Kosten des Gaues und acht in den Bezirken gemacht werden. Die stattgefundenen Versammlungen waren aber auch sehr schlecht besucht. Die Feststellungen des Mitgliederbestandes ergaben im Halbjahr: im Januar waren eingezogen 442, arbeitslos 19, in Arbeit 288, frank 6; im Februar waren eingezogen 441, arbeitslos 43, in Arbeit 263, frank 8; im März waren eingezogen 445, arbeitslos 24, in Arbeit 244, frank 12; im April waren eingezogen 448, arbeitslos 4, in Arbeit 284, frank 12; im Mai waren eingezogen 450, arbeitslos 2, in Arbeit 289, frank 10; im Juni waren eingezogen 447, arbeitslos 2, in Arbeit 280, frank 6. Bis jetzt sind uns 13 Kameraden als gefallen gemeldet, darunter zwei Vorstandsmitglieder. Kamerad Karl Karisch starb im Lazarett Graubenz und Cornelsen erhielt einen Kopfschuß. Wegen Lohnstreitigkeiten hatten wir mit den einzelnen Unternehmern nicht viel zu tun, wohl aber öfter wegen Ueberforderung der Arbeitszeit. Auch wurden auf einer Baustelle alle Kameraden entlassen, weil sie sich erlaubten, etwas mehr Lohn zu fordern. Im großen ganzen wurde alles friedlich erledigt. Jetzt herrscht hier keine Arbeitslosigkeit, aber ob es noch lange so anhalten wird, können wir nicht sagen, weil uns dafür die Unterlagen fehlen. Wenn jeder organisierte Zimmerer seine Pflicht in bezug auf Agitation und Organisation tut, werden wir auch für den Rest des Krieges unsere Zahlstelle glücklich durchhalten können. Hoffen wir, daß es uns möglich sein wird, am Schluß des Jahres etwas Besseres berichten zu können. Dazu muß jeder Zimmerer mithelfen. Wenn der Krieg zu Ende ist, werden wir große Lohnkämpfe zu führen haben, und deshalb muß jeder Zimmerer Mitglied des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands sein, um als geschlossene Macht auftreten zu können.

**Halle a. d. S.** Am 8. Juli hielt die hiesige Zahlstelle im Gewerkschaftshaus ihre Mitgliederversammlung ab. Kamerad Gramann hielt einen Vortrag über das Genossenschaftswesen. An der Hand eines reichhaltigen Materials gab er ein anschauliches Bild von der Entstehung und Entwicklung der Konsumgenossenschaften. Besonders zeigte er die Widerstände, die zu überwinden gemeien seien und den Auffschwung, den die Genossenschaften genommen hätten, seitdem sich Partei und Gewerkschaften auf ihren Kongressen schlüssig geworden seien, auch ihrerseits die Genossenschaften nach Kräften zu fördern. An einzelnen Beispielen aus den größeren Städten bewies Redner, eine wie fruchtbringende Tätigkeit die Genossenschaften entfalten. Natürlich dürften die Mitglieder nicht darauf sehen, daß eine möglichst hohe Dividende gezahlt werde, sondern die Hauptsache sei, daß die Genossenschaften noch immer mehr gestärkt und dadurch in die Lage versetzt würden, noch größere Leistungen zu vollbringen als bisher. In der Diskussion wurden auch die Aufgaben hervorgehoben, die den Genossenschaften in der Kriegszeit erwachsen seien und der Wunsch ausgesprochen, daß den Genossenschaften noch eine große Zukunft beschieden sein möge. Dazu bedürfte es aber der Mitarbeit aller organisierten Arbeiter; denn nur die gemeinschaftliche Arbeit garantiere für gute Erfolge. — Bezüglich der Feuerungszulage wurde festgestellt, daß sie auf allen Plätzen zur Auszahlung gelangt ist. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde die Agitation besprochen. Es soll noch eine größere Sitzung stattfinden, die über die Vorbereitungen beschließt, damit die Agitation dann sofort in Angriff genommen werden kann. — Zwei auf Urlaub hier weilende Mitglieder wurden vom Vorsitzenden im Namen der Versammlung begrüßt. Der Besuch war ein guter, doch könnten immerhin noch mehr Mitglieder in die Versammlungen kommen.

**Zwickau.** Am 4. Juni wurde Bericht erstattet von der am 28. Mai in Leipzig abgehaltenen Gaukonferenz. Den dort gefaßten Beschlüssen wurde die Zustimmung erteilt. Danach sollte die Feuerungszulage ab 1. Juli um 3  $\frac{1}{2}$  erhöht werden. Die Unternehmer von Zwickau waren aber anderer Meinung und zahlten die Feuerungszulage nicht. Nur eine Betonfirma und zwei kleinere Unternehmer bezahlten die 3  $\frac{1}{2}$  pro Stunde. Am 15. Juli beschäftigte sich eine Versammlung mit dieser Angelegenheit, wo auch der Gauleiter anwesend war. Von der Gauleitung wurde am 10. Juli bei dem Bezirksvorstand der Arbeitgeber Beschwerde eingereicht. Darauf erfolgte die Antwort, daß vom Vorstand die Arbeitgeber angewiesen seien, die Lohnerhöhung auf jeden Fall eintreten zu lassen. Des weiteren beschloß die Versammlung auf Grund des Tarifvertrages, den Vorsitzenden zu beauftragen, eine Schlichtungskommission zu beantragen. Die Unternehmer haben nun ab 13. Juli die Zulage bezahlt. Weiter wurde über den Mitgliederbestand unserer Zahlstelle berichtet. 85 Kameraden sind im Zimmererbetriebe beschäftigt und 12 Kameraden haben andere Beschäftigung. Weiter wurden 28 Zimmerer festgestellt, die nicht organisiert sind. Die Anwesenden wurden aufgefordert, mehr zu agitieren, denn alle sind verpflichtet, Beiträge zu zahlen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Zum Schluß wurde auf die Reichsversicherungsordnung hingewiesen, da jetzt vom 65. Lebensjahr ab die Altersrente gezahlt wird. Die Kameraden können die weiteren Bestimmungen einschließlich der Wartezeit im „Zimmerer“ Nr. 28 nachlesen.

### Sterbetafel.

**Nürnberg.** Am 28. Juni starb unser langjähriges Mitglied Jos. Baumann nach langem, schwerem Leiden an den Verletzungen des in Dachau im Jahre 1915 erlittenen Unfalles.

**Reichenbach i. V.** Am 30. Juni starb infolge eines Unfalls unseres Kameraden Johann Meister im Alter von 53 Jahren.

### Baugewerbliches.

**Risiko der Bauarbeiter.** In dem Neubau Scheffelstraße 25 in Leipzig-Connewitz wird ein Schacht zum Aufziehen der Fehlbodenfüllungen hergerichtet. Infolge eines Fehltrittes stürzte ein hierbei beschäftigter 56jähriger Zimmermann aus dem vierten Stock durch die Schachtlöffnungen der einzelnen Stockwerke hindurch bis in den Keller hinab. Die schweren Verletzungen hatten den augenblicklichen Tod zur Folge. Ein 53 Jahre alter, im dritten Stockwerk arbeitender Kollege des Verunglückten wurde bei dem Sturze von dem Herabfallenden gestreift, zu Boden geworfen und am Kinn schwer verletzt. Man sorgte für seine sofortige Ueberführung nach dem Krankenhaus. — Ein Opfer seines Berufes wurde der 20 Jahre alte Zimmermann Knudsen aus Westerland. Er stürzte beim Einfüllen einer Betondecke aus ziemlicher Höhe ab und erlitt dabei so schwere Gehirnverletzungen, daß er auf dem Wege zum Krankenhaus verstarb. — Auf der „West-Union“ in Ham löste sich an einem im Bau befindlichen Kamin die Maurerbühne und riß einen Teil des Mauerwerks los. Von dem herabfallenden Gestein wurde die mit dem Heraufwinden von Mörtel beschäftigte Frau Weiß so unglücklich am Kopfe getroffen, daß sie augenblicklich eine Leiche war. — Im Manigischen Dampfjägewerk in Eisenberg brach ein Gerüst, das zum Befestigen einer Transmission dienen sollte, in dem Augenblicke zusammen, als die Transmission mittels eines Flaschenzuges heraufgezogen wurde. In das zusammenbrechende Gebälk stürzten vier Arbeiter, von denen einer schwer, drei leicht verletzt wurden.

### Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

**sk. Unfall und Ortskrankenkasse.** Urteil des Oberlandesgerichts Celle vom 4. Mai 1916. (Nachdruck auch im Auszug verboten). Durch ein Verschulden des Kaufmanns F. hatte sich die Frau des Peizers W. in Hannover nicht unerhebliche Verletzungen zugezogen. Außer andern Schadensersatzansprüchen forderte sie von F. durch Klage auch Ersatz der ihr entstandenen Arztkosten. Hierzu hielt der Beklagte sie in keinem Falle für berechtigt. Denn sie sei Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Hannover und hätte von dieser, wenn sie den Unfall bei ihr angemeldet und sich in die Behandlung des Kassenarztes begeben hätte, für 26 Wochen freie ärztliche Behandlung und freie Apotheke erhalten. Statt dessen hätte sie sich zu einem andern Arzt, dem Dr. S., in private Behandlung gegeben. Das Landgericht Hannover verurteilte den Beklagten jedoch auch zum Ersatz der Arztkosten, indem es ausführte: Darin, daß die Klägerin sich nicht an die Krankenkasse gewandt habe, sondern sich durch einen andern Arzt habe behandeln lassen, liege kein Verschulden gegenüber dem Beklagten. Denn nachdem sie sich von diesem Arzt die erste Hilfe habe geben lassen, könne es ihr nicht verdacht werden, wenn sie sich weiter durch ihn behandeln ließ. Der zwischen dem Kranken und dem Arzt geschlossene Vertrag sei ein Vertrauensverhältnis, und gerade bei diesem Charakter des Vertrages könne es keinem Kranken verdacht werden, wenn er sich durch den Arzt behandeln lasse, zu dem er das Vertrauen gewonnen habe, daß er ihn bald und völlig heilen werde. Das Oberlandesgericht Celle gab ebenfalls zu, daß die Art und Schwere eines Unfalls und sonstige Umstände es in einzelnen Fällen rechtfertigen mögen, daß ohne Rücksicht auf die dadurch entstandenen Mehrkosten ein für besonders geeignet gehaltenes, etwa ein Spezialarzt oder der nächst erreichbare Arzt zugezogen werde. Derartige Gründe seien hier aber nicht erkennbar. Die Klägerin habe erst am Tage nach dem Unfall den Dr. S. in seiner Sprechstunde aufgesucht. Wenn sie sich dazu einen Tag Zeit ließ, so stand auch die Möglichkeit offen, den zuständigen Kassenarzt aufzusuchen. Gründe, wonach sie von diesem eine weniger sachgemäße Behandlung als von Dr. S. zu erwarten hätte, habe die Klägerin nicht vorgebracht. (Mittzeichen 2 U. 147/15).

### Versammlungsanzeiger.

**Mittwoch, den 2. August:**  
Flottbeck: Abends 8½ Uhr bei D. Baumann, Dödenhuden.

**Sonnabend, den 5. August:**  
Halle a. d. S.: Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Harz 42/44.

### Anzeigen.

#### Achtung, Kameraden!

Wer den Aufenthalt des Zimmerers **Jos. Kaltenacker**, geboren am 7. Februar 1877 in Walling i. Niederbayern, kennt, wird ersucht, seine Adresse dem **Zahlstellenbureau in Stuttgart**, Gewerkschaftshaus, sofort mitzuteilen. [M. 2,10] **E. Louger.**

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer. Verwaltungsstelle Hamburg (sämtliche Bezirke).

**Sonntag, den 6. August, nachmittags 4 Uhr:**  
**Mitgliederversammlung**  
in Lokale des Herrn **Stoppel**, Rostocker Straße 50.  
Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom zweiten Quartal. 2. Verschiedenes. [M. 1,20]  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**